



Geldspeicher: Die Nationalbank muss verhindern, dass die Überbewertung des Frankens noch weiter zunimmt. Die Minuszinsen sind ein Mittel dazu. Die Erträge daraus sollen jetzt an die Pensionskassen fließen.

Grafik: SGB; Foto: Keystone.

Nationalbank soll Minuszinsen auszahlen statt bunkern

Der Vorschlag des Gewerkschaftsbundes, wie man die sinkenden Pensionskassenrenten stoppen könnte, sorgt für Wirbel. Zwei hatten eine Idee: Wie wär's, wenn man den Tresor der Nationalbank (SNB) anzapfen würde, um die ständig fallenden BVG-Renten aufzubessern? Denn mit ihren Negativzinsen setzt die SNB die Renten zusätzlich unter Druck. Soll sie also auch dafür geradestehen! Die zwei – das sind Daniel Lampart und Paul Rechsteiner, der Chefökonom und der Ex-Präsident des Gewerkschaftsbunds. Ihre Idee entstand, wie so viele in der Politik, im Zug nach Bern. Und zwar schon vor längerem. Nun steht sie in einem Forderungskatalog, den der Gewerkschaftsbund im Januar der Öffentlichkeit präsentierte. Aber nur als letzter Punkt in einer ganzen Palette von Massnahmen, um die Kaufkraft der Bevölkerung zu sichern. Niemand schenkte dem Beachtung.

Lenkungsabgabe

Doch seit die „Sonntagszeitung“ eine grosse Story draus machte, schlägt das Wellen – im Bundeshaus, in der Nationalbank, in der Pensionskassenszene. Worum geht's genau? Die SNB kassiert jedes Jahr zwei Milliarden Franken an Negativzinsen von - 0,75 Prozent. Das müssen Banken und Versicherungen zahlen, wenn sie Geld bei der SNB deponieren. Negativzinsen sollen den Franken weniger attraktiv machen und sind deshalb geldpolitisch nötig. Für Daniel Lampart sind solche Zinsen eine Art Lenkungsabgabe. Aber er findet es falsch, wenn diese Einnahmen bei der SNB gebunkert oder via Gewinne an Bund und Kantone ausgeschüttet werden. Lampart: „Sie sollen an die Pensionskassen rückerstattet werden.“ Denn diese müssen auch Negativzinsen zahlen. Lamparts Rechnung: Wenn die Pensionskassen jährlich 22 Milliarden Franken an Renten ausschütten, könnten sie diese mit den 2 Milliarden aus den rückerstatteten Negativzinsen in einem Jahr um 10 Prozent anheben. Oder in zwei Jahren um 5 Prozent. „Damit wäre das frühere Rentenniveau wieder erreicht“, so Lampart. Alles paletti? Nicht ganz. Der Nationalrat müsste dazu das Nationalbankgesetz ändern. Und dafür braucht's eine Mehrheit im Parlament. Möglicherweise wäre die SVP dafür zu haben. Wortführer wie der Schwyzer Ständerat Alex Kuprecht teilen die Meinung, dass die SNB zahlen soll. Kuprecht ist Lobbyist der BVG-Branche. Diese regt sich schon lange darüber auf, dass SNB-Chef Thomas Jordan Negativzinsen einkassiert. Der Pensionskassenverband Asip verlangt ihre Aufhebung. Doch der Widerstand gegen Änderungen ist gross. Die SNB selber fürchtet einen Dammbbruch. Sie behauptet: Bei einer Ausnahmeregelung für die Pensionskassen würden sofort andere Begehrlichkeiten aufkommen. Bürgerliche Hardliner und Ideologen wie die Wirtschafts-Denkfabrik Avenir Suisse sehen die Autonomie der Nationalbank in Gefahr. In der NZZ tat sie den Vorschlag des Gewerkschaftsbunds als «Wahlkampfschläger» ab.

Die zweite Säule bröckelt

Das Gute daran: Endlich spricht die Schweiz über den Rentenzersfall in der zweiten Säule. Das ist, was der Gewerkschaftsbund erreichen wollte. Der Zerfall ist dramatisch. Obwohl Wirtschaft und Wohlstand wachsen, sacken die Renten in der beruflichen Vorsorge seit der Finanzkrise von 2008 permanent ab (siehe Work - - Standpunkt „Zweite Säule: Immer nur abwärts“). Hauptgrund ist laut Chefökonom Lampart das krisenbedingt tiefe Zinsniveau. Die Pensionskassen würden die Vorsorgekapitalien der Versicherten immer schlechter verzinsen und dazu noch die Umwandlungssätze senken. Das führt zu klar tieferen Renten.

AHV noch wichtiger

Der Vorschlag des Gewerkschaftsbunds, die Negativzinsen an die Pensionskassen rückzuerstatten, kommt übrigens nicht von ungefähr: In der anstehenden BVG-Reform werden jetzt die Weichen gestellt. Die Sozialpartner müssen dem Bundesrat im Frühling Lösungen unterbreiten. So lautet der Auftrag nach der letzten Revision der Altersvorsorge, die im September 2017 abgelehnt wurde. Für den Gewerkschaftsbund hat aber die Verbesserung der AHV-Renten nach wie vor oberste Priorität. Der Kongress vom vergangenen Dezember beschloss die Lancierung einer Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente. Die Dreizehnte soll die Renteneinkommen für alle verbessern. Und nicht nur für jene, die eine Pensionskasse haben.

Ralph Hug.

Work online, 15.2.2019.

Personen > Hug Ralph. Nationalbank. Pensionskasse. Work online, 2019-02-15